

Nicht im Schneckenhaus

Gesellschaftliches Engagement in der modernen Stadtgesellschaft
Stephan Weil – Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover
Jubiläum 10 Jahre CIVILIA Hannover – 17.4.2008

Anrede

Ich möchte mich sehr für die Einladung zum 10-jährigen Jubiläum von CIVILIA in Hannover bedanken.

Der beste Beweis für die Bedeutung, die die Landeshauptstadt Hannover CIVILIA beimisst ist die Tatsache, dass bisher 33 Beschäftigte der Stadtverwaltung am Programm des Netzwerkes CIVILIA teilgenommen haben. Die Landeshauptstadt Hannover entsandte 26 Frauen und 7 Männer. Meine ambivalente Einschätzung dazu:

Einerseits ist dies ein Beispiel für die intensive Frauenförderung der Stadtverwaltung, andererseits sind Frauen für zivilgesellschaftliches Engagement offenkundig affiner.

Bei allen Bestrebungen, zivilgesellschaftliches, bürgerschaftliches oder ehrenamtliches Engagement zu fördern, sollte auch hier Gleichstellung tragendes Prinzip sein.

Das Modell, die bezahlte Arbeit für die Männer und die unbezahlte für die Frauen lehne ich ab.

An dieser Stelle nun einige Zahlen zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland

23 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik engagieren sich ehrenamtlich,

43 Prozent in Vereinen – vor allem Sportvereine –, Schulen, Kirchen, Freizeiteinrichtungen oder bei der Feuerwehr.

Es gibt 14.000 Stiftungen und – das ist besonders erfreulich – inzwischen 147 Bürgerstiftungen.

Trotzdem liegen wir mit diesen Zahlen im europäischen Vergleich gerade noch im Mittelfeld. Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark – die Staaten, in denen ein starker Sozialstaat existiert – weisen ein viel höheres bürgerschaftliches Engagement auf.

Erstaunlich: In den Staaten, in denen es ein hohes staatliches Engagement gibt, in diesen Gesellschaft lebt auch das bürgerschaftliche Engagement.

Dafür mag es unterschiedliche Gründe geben.

Offensichtlich schließt sich also staatliches und bürgerschaftliches Engagement nicht aus.

Es kann sogar sein, dass eine gute staatliche Sozialpolitik, das Vorhandensein belastbarer sozialer Sicherungssysteme, bürgerschaftliches Engagement sogar fördert.

Eine Erklärung dafür könnte sein: Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht als Lückenbüßer für ausfallendes Staatsengagement.

Bürgerschaftliches Engagement bleibt eine individuelle Entscheidung. Es wird stimuliert durch Tradition und Werte. Und durch die Art und Weise der Organisation der Gesellschaft und die Verteilung von Verantwortung innerhalb der Gesellschaft.

Auch eine moderne Gesellschaft kann nicht ohne bürgerschaftliches Engagement funktionieren.

Aus meiner Sicht heißt Modernisierung übrigens nicht Rückzug des Staates. Auch – oder gerade – die moderne Gesellschaft braucht einen starken Staat.

Es sind ja übrigens nicht nur die Schwachen, die – zu Recht - einen starken Staat brauchen. Erstaunlich war ja, dass selbst der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank an den Staat erinnerte – wenn es um die Bewältigung der Krise einiger Banken geht.

Ralf Dahrendorf, der berühmte deutsch-britische Soziologe nannte zwei Gefahren, die das „Fegefeuer der Modernisierung“ heraufbeschwört:

Die Gefahr der Anomie und die Gefahr der Tyrannei.

Tyrannei ist derzeit in unserer Gesellschaft keine reale Gefahr. Hier haben wir hoffentlich aus der Geschichte gelernt.

Anders sieht es bei der **Anomie** aus. Juristen bezeichnen so die Gesetzlosigkeit – für Soziologen ist es der Zustand der sozialer Desintegration oder geringer sozialer Ordnung.

Zeiten des Wandels sind immer auch Zeiten der Auflösung, des Zerfalls von sozialen Bindungen und neuer sozialer Polarisierungen. Diese machen auch vor den Mittelschichten nicht Halt, bei denen sich Statusunsicherheit, Angst vor Statusverlust breit machen.

So gesehen ist die Warnung Dahrendorffs vor Anomie völlig zutreffend.

Soziale Desintegration hat übrigens viele Gesichter. Dazu zählt die offensichtlich gewachsene Gewaltbereitschaft von jungen Menschen ebenso wie das Schwinden von nachbarschaftlicher Unterstützung.

Soziale Desintegration finden wir jedoch auch in höheren gesellschaftlichen Ebenen.

Das Verhalten einiger *Sehr-Gut-* und *Bestverdiener* bezüglich ihrer Steuerpflichten – die Steuerflucht nach Liechtenstein z.B. – auch dieses Verhalten kann man als Anomie bezeichnen. Das ist der Entzug vor gesellschaftlicher Verantwortung.

Eine moderne Gesellschaft braucht – so ist meine Sicht –

sowohl zivilgesellschaftliches Engagement, als auch einen starken staatlichen Sektor. Die Hoffnung, die Bürgerinnen und Bürger werden automatisch die Lücken eines breiter geflochtenen sozialen Netzes füllen, halte ich für trügerisch.

Wer glaubt, die „Zivilgesellschaft“ würde automatisch jene Aufgaben erfüllen können, die bisher dem Sozialstaat und seinen Integrationsinstrumenten zufielen, könnte böse Überraschungen erleben.

Gleichwohl müssen wir all unsere Möglichkeiten als Staat – oder Kommune – ausschöpfen, um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

Um ein positives Beispiele aus Hannover zu nennen, möchte ich das Fest für Demokratie zum NPD-Parteitag erwähnen.

Man mag zum NPD-Verbot stehen wie man will, letztlich dürfte es klar sein: Rechtsradikalismus kann man nicht verbieten. Das kann der Staat nicht durch Gesetze richten. Hier ist zivilgesellschaftliches Engagement gefragt.

Ich bin Stolz, dass in Hannover so viele Menschen mitgemacht haben.

Auch mangelndes politisches Engagement ist aus meiner Sicht ein Indiz für gesellschaftliche Desintegration.

Es ist insbesondere eine Aufgabe der kommunalen Ebene, gesellschaftliche Desintegration zu verhindern.

Ein wichtiges Feld ist dabei die multiethnische Zusammensetzung der modernen Stadtgesellschaft.

Wir reden derzeit in der Politik mit großer Übereinstimmung über Integrationspolitik. Schließlich geht es ja nicht um die Gestaltung von Zuwanderung – also wie viel Zuwanderung verträgt unserer Gesellschaft – sondern um die nachholende Integration der hier aufgewachsenen Menschen mit Migrationshintergrund.

Deren Integration ist viel zu oft misslungen. Das belegt die hohe Quote an Schulabgängern ohne Abschluss und die daraus resultierenden Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt.

Auch Hinwendung zu fundamentalistischen religiösen Überzeugungen oder die bewusste Abgrenzung von den „gewachsenen hiesigen kulturellen Zusammenhängen“ ist ein Indiz für mangelhafte gesellschaftliche Integration.

Wir müssen der Integrationspolitik auf der lokalen Ebene viel mehr Aufmerksamkeit widmen. In Hannover erarbeiten wir hierfür zurzeit den Integrationsplan.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass ethnisch heterogen zusammengesetzte Stadtgesellschaft mehr Investitionen in Integrationsleistungen erfordern.

Nicht alle, aber viele gesellschaftliche Veränderungen lassen sich in der amerikanischen Gesellschaften beobachten, bevor sie bei uns in Europa relevant werden.

Vor diesem Hintergrund sind Untersuchungen des US-amerikanischen Sozialwissenschaftlers Robert Putnam interessant.

Robert Putnam wurde vor einigen Jahren mit der Studie *Bowling Alone* bekannt. Darin hat er die Bowling-Gewohnheiten der Amerikaner untersucht.

Sein Befund - trotz wachsender Zahl der Bowling-Spieler, nahm die Zahl der Bowling-Vereine ab.

Ein Indiz für den Wandel des „Sozialkapitals“ in der amerikanischen Gesellschaft, der auch uns erreicht: Sport und Körperkult sind populär, aber nicht Sportvereine profitieren davon, sondern „Fitness-„ und „Wellness“-Betriebe.

Putnam wird in den USA auch als „Guru des Bürgerengagements“ bezeichnet und steht über jedem Verdacht der Fremdenfeindlichkeit.

Deshalb ist seine neueste Untersuchung über die sozialen Veränderungen von Stadtteilen mit einer hohen ethnischen Diversität interessant.

„Sie ziehen sich zurück wie Schnecken“.

So beschreibt Putnam das Verhalten von vielen Einwohnern solcher Stadtteile:

Dort herrscht zum Beispiel eine geringere Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen in sozialen Projekten mitarbeiten.

Auch ist dort ist das Vertrauen gegenüber kommunalen Einrichtungen und Behörden geringer ausgeprägt.

Die zitierten Untersuchungen fanden in amerikanischen Großstädten statt.

Wir haben hier noch alle Möglichkeiten, ähnlichen Entwicklungen wirksam vorzubeugen.

Die Menschen sollen sich in unseren Städten nicht in Schneckenhäuser zurückziehen.

Sie sollen gemeinsam Verantwortung übernehmen, sich engagieren und den Wert einer funktionierenden Stadtgesellschaft schätzen lernen.